

NETZAUSBAU

## Gegenwind für Röslers Pläne

Beim Streit um den Ausbau der Stromnetze bekommt Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) jetzt auch noch Ärger mit einem Parteifreund. Der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch kritisiert in einem Brief an Rösler scharf, dass die Planungsverfahren für den Bau neuer Höchstspannungsleitungen künftig von einer Bundesbehörde übernommen werden sollen. Dies sei „sachwidrig und damit überflüssig“, schreibt Posch, der bei der Wirtschaftsministerkonferenz Anfang dieser Woche im schleswig-holsteinischen Plön nachlegen will: Eine neue Bundesbehörde werde den notwendigen Bau dieser neuen Leitungen nicht beschleunigen, sondern sogar bremsen, argumentiert der Hesse. Während die bislang zuständigen Länder große Erfahrungen in der Abwicklung komplizierter Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren vorweisen könnten, müsse der Bund eine Behörde mit bis zu 240 hochspezialisierten Beamten neu aufbauen. Vor Ende 2012 werde das neue Amt nicht einsetzbar sein – und dies auch nur, wenn Berlin genügend Fachpersonal auftreibe. Gegen eine Netzplanung durch den Bund wehren sich auch Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) und die neue grüne Wirtschaftsministerin von Rheinland-Pfalz, Eveline Lemke.



Posch

THOMAS LOHNES / DAPD

KOMMENTAR

## Die Angst-Macher

Wie WHO-Experten Daten aus Handy-Studien verdrehen

Die bisher größte Untersuchung zur Frage, wie Mobiltelefone auf das Gehirn wirken, hat ein verblüffendes Ergebnis erbracht: Handys schützen vor Krebs.

Für die voriges Frühjahr veröffentlichte Interphone-Studie haben Forscher mehr als 5000 an Hirntumoren erkrankte Menschen nach ihren Telefoniergewohnheiten befragt und die Daten mit gesunden Vergleichspersonen verglichen. Das Resultat: Menschen, die so gut wie nie mobil telefonierten, erkrankten häufiger an Hirntumoren als Menschen, die seit Jahren Handys benutzen. Wer etwa zwischen 735 und 1639 Stunden lang telefonierte, der hatte statistisch ein um 29 Prozent verringertes Risiko, am bösartigen Gliom zu erkranken.

Noch erstaunlicher als die scheinbar gesundheitsfördernde Wirkung von Handys ist allerdings, was Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorige Woche aus der Interphone-Studie destilliert haben – das genaue Gegenteil: In einer Pressemitteilung bezeichneten Mitarbeiter der zur WHO gehörenden Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) in Lyon elektromagnetische Strahlung von Handys als „möglicherweise krebserregend“.

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Die IARC-Beamten verdrehen die Daten in einer Art und Weise, die für eine WHO-Behörde blamabel ist. In acht Gruppen von Testpersonen ergaben sich Hinweise auf ein verringertes Krebsrisiko durch Handys – das behal-

ten die Angst-Macher für sich. Stattdessen stützen sie sich ausschließlich auf eine Probanden-Gruppe, in der ein um 40 Prozent erhöhtes Krebsrisiko für Vieltelefonierer beobachtet wurde.

Das klingt bedrohlich, ist es aber nicht. Allein die relative Risikoerhöhung zu nennen ist ein statistischer Tuschenspielertrick. Wie groß der Effekt in absoluten Zahlen wäre, verrät die IARC-Meldung wohl schon deshalb nicht, weil es keinem wirklich Angst machen würde. Pro Jahr erkranken 3 von 100 000 Menschen an einem Gliom. Eine Steigerung um 40 Prozent entspräche einem zusätzlichen Fall auf 100 000.

Mehr noch: Die Steigerung um 40 Prozent steht so gar nicht in der Interphone-Studie. Zwar scheint es so zu sein, als ob Menschen, die insgesamt 1640 oder mehr Stunden mobil telefoniert hatten, häufiger an Gliomen erkrankten. Jedoch relativieren die Forscher ihr eigenes Ergebnis: Der „Hinweis ist nicht beweiskräftig“, weil es methodische Fehler gegeben habe.

Vor allem aber sagen die Daten nichts darüber aus, ob elektromagnetische Strahlen ursächlich etwas mit Hirntumoren zu tun haben. Strahlen aus dem Handy erwärmen zwar das Gewebe, schädigen aber in dieser Dosis nicht die Zellkerne. So dürfte das Hirntumorrisiko in der zehnten Gruppe in Wahrheit ein zufälliger Befund sein – wie auch das verringerte Krebsrisiko der vielen Handybenutzer aus den anderen Gruppen, das die IARC-Beamten so geflissentlich verschweigen. JÖRG BLECH



ACTION PRESS

Handynutzerin Hilton

INNERE SICHERHEIT

## Union droht mit Boykott

Abgeordnete der Unionsfraktion planen, Vorhaben der liberalen Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zu blockieren, sollte sie sich weiter weigern, auf Forderungen von CDU und CSU einzugehen.

„Für uns hat die Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung und die Entfristung der Anti-Terror-Gesetze absolute Priorität. Solange wir hier keine Lösung gefunden haben, fehlen uns einfach die Ressourcen, um neue rechtspolitische Themen anzugehen“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der Unions-Fraktion, Günter Krings. CDU und CSU ärgern sich über die Justizministe-

rin, weil bei den Terrorbekämpfungsgesetzen seit Monaten nichts vorangeht. Die Zeit spielt dabei der FDP-Politikerin in die Hände, da die von Rot-Grün eingeführten Anti-Terror-Gesetze am 10. Januar 2012 auslaufen. „Wenn es bei der Blockadehaltung der Ministerin bleibt, kann sich Deutschland zu einem bevorzugten Standort für Terroristen entwickeln“, sagt Krings.